



Europäischer Essaywettbewerb für Jugendliche 2012

gestiftet durch die Europaabgeordneten

Martin Kastler, Bundesvorsitzender der Ackermann-Gemeinde aus Nürnberg,
und Jan Březina, Landeshauptmann a.D. aus Olomouc/Olmütz

Thema: „Großer Nachbar. Die Erwartungen der ostmitteleuropäischen Staaten an Deutschland und die deutsche Europapolitik.“

Platz 1: Lukáš Dulíček

21 Jahre, Student der Jura, Geschichte und deutschen Sprache
an der Masaryk-Universität in Brno/Brünn

Der mächtige Nachbar: Erwartungen der ost- und mitteleuropäischen Staaten an Deutschland und die deutsche Europapolitik

Lassen Sie mich am Anfang einige Fragen stellen, auf die wir in diesem Text Antworten suchen werden. Es geht um Fragen, die wahrscheinlich fast jedem Tschechen, Slowaken oder anderem Osteuropäer einfallen, wenn er über den „mächtigen Nachbarn“ Deutschland und seine Europapolitik nachdenkt:

- 1) Bedeutet unser EU-Beitritt, dass wir wieder unter die Herrschaft fremder Länder, namentlich insbesondere Deutschlands und Frankreichs, gerieten?
- 2) Stellt eine untergeordnete Position im Rahmen der EU für uns wirklich eine Gefahr dar, oder werden wir durch die EU-Mitgliedschaft eher gestärkt? Mit anderen Worten gesagt: Ist es nicht besser, ein über gewissermaßen beschränkte Zuständigkeiten verfügender Teil einer großen Gemeinschaft zu sein, als ein zwar selbstständiger, aber völlig unwichtiger, kleiner Einzelner in der Weltpolitik?
- 3) Ist nicht eine Konzeption des vereinigten Europas, wo die einzelnen Staaten miteinander kooperieren und als einheitliches Subjekt auftreten, ziemlich künstlich, unnatürlich und unvorstellbar, nota bene wenn sie in näher Vergangenheit gegenseitige Kriege führten, bzw. durch einen „eisernen Vorhang“ voneinander getrennt waren?

Formuliert man Antworten auf diese Fragen, dann formuliert man gleichzeitig auch seine Erwartungen an Deutschland im Bereich seiner Europapolitik.

Die Antwort auf die erste Frage könnte ja ohne Zweifel lauten: „Ja, mit dem Beitritt der EU wurde unsere Souveränität wesentlich beschränkt und man kann sagen, wir seien nicht mehr ganz unabhängig.“ Es wurden nämlich schon viele Kompetenzen von den Mitgliedstaaten

auf die EU übertragen, und weil die Union nicht auf dem Grundsatz der Gleichheit aller Mitgliedstaaten, sondern einer Ungleichheit beruht, stellt für uns die EU-Mitgliedschaft eine Selbstständigkeitsbedrohung dar. Manche wichtigen uns betreffenden Entscheidungen werden jetzt also nicht mehr in Prag oder Preßburg (Bratislava), sondern in Brüssel getroffen. In den EU-Organen haben dabei die größeren Staaten, wie z. B. Deutschland, eine größere Stimme als die kleineren, wie z. B. die Tschechische Republik (die Unterschiede sollen sogar in Zukunft /2014/ noch stärker werden). Ich gestatte mir an dieser Stelle eine Zitation des *Vertrages über die Europäische Union (VEU)*:

„Die Union achtet die Gleichheit der Mitgliedstaaten vor den Verträgen und ihre jeweilige nationale Identität, die in ihren grundlegenden politischen und verfassungsmäßigen Strukturen einschließlich der regionalen und lokalen Selbstverwaltung zum Ausdruck kommt. (...)“¹

Also das heißt, dass die Staaten nur „vor“ Verträgen gleich sind, aber nicht mehr „nach“ ihnen (nach dem Vertragsabschluss). Die Union räumt weiter den Mitgliedstaaten eine Selbstverwaltung ein und achtet ihre „nationale Identität“. Nach dem VEU ist das jedoch alles, was wir von der EU in diesem Bereich erwarten können. Solche Ausblicke sehen für uns kleine Völker, nicht besonders optimistisch aus. Aber machen wir weiter. Auf die übrigen zwei Fragen findet man vielleicht hoffnungsvollere Antworten.

Um die zweite Frage zu beantworten, ist es zuerst nötig, den allgemeinsten Sinn und Zweck der Union zu behandeln. Die Europäische Union entstand in den 50-er Jahren des 20. Jh.s, d. h. in der Zeit, als Europa wirtschaftlich und politisch im Weltvergleich eine ziemlich unbedeutende Rolle spielte. Die einzelnen europäischen Staaten schienen schon zu klein und schwach zu sein, um den neuen Supermächten (USA und UdSSR) konkurrieren zu können. Die europäische Integration sollte also den europäischen Staaten – in Form einer Gemeinschaft – wieder eine führende oder zumindest vollwertige Position in der Weltpolitik sichern. Das ist der Hauptzweck von der EU bis heute. Die Union scheint also für alle günstig zu sein, sowohl für die kleineren, als auch für die größeren Staaten. Jedoch im Rahmen dieser Integration haben – wie schon gesagt wurde – größere Staaten immer auch eine größere Stimme und kleinere Staaten eine kleinere, sodass die kleineren, relativ schwächeren Staaten auch nach dem EU-Beitritt schwach bleiben. Deshalb sind Länder wie Deutschland oder Frankreich stets viel wichtiger als z. B. die Tschechische Republik und sie profitieren wahrscheinlich mehr von der Integration. Aber trotzdem ist es für uns meiner Meinung nach immer noch besser, klein in der EU, als klein in der ganzen Welt zu sein. Die europäische Integration bedroht unsere Souveränität bestimmt nicht stärker als die Globalisierung. Die zweite Antwort lautet also: „Der EU-Beitritt ist für uns nützlich, obwohl wir auch in der EU nur ein kleiner ‚Spieler‘ bleiben.“

Die Antwort auf die dritte Frage ist vielleicht die schwierigste. Viele europäische Völker gewannen erst unlängst ihren Kampf um Selbstständigkeit. Jetzt fordert man jedoch von ihnen, auf sie wieder zu verzichten. Was könnte so eine Aufforderung rechtfertigen? Als Antwort führe ich hier einen kurzen historischen Exkurs an.

Historisch bestand Europa aus vier Teilen: aus „Westeuropa“, wo immer v. a. Frankreich und England dominierten, „Mitteleuropa“, das den deutschsprachigen Raum darstellte, Balkan und „Osteuropa“, d. h. der russischen Einflusssphäre. Wir Tschechen gehörten immer zu Mitteleuropa. Erst nach 1945 verschwanden die Kategorien „Mitteleuropa“ und „Balkan“ und wurden vom Terminus „Osteuropa“ abgelöst, der bis 1989 im Gegensatz zu dem „wirklichen“ Europa („Westeuropa“) stand. Noch heute können wir „Osteuropäer“ uns in der Europäischen Union ab und zu als unwillkommene Gäste fühlen. Manche Leute aus den westlichen Ländern halten uns nur für eine unangenehme Belastung, was sich derzeit z. B. in der Osteuropazuwandereraphäre in den Niederlanden exemplarisch widerspiegelt. Das muss sich verändern. Die „Osteuropäer“ müssen in den älteren EU-Mitgliedstaaten als gleichwertige Partner aufgenommen werden.

Europa besteht zwar offensichtlich aus mehreren Subregionen, aber nicht nur aus „Ost“ und „West“ und schon gar nicht aus höherwertigen und minderwertigen Teilen. Ich denke, wir

¹ Art. 4 Abs. 2 des Vertrags über die Europäische Union.

können eine starke Gemeinschaft bilden, und zwar einerseits durch Abschaffung der in Wirklichkeit künstlichen und unnatürlichen Ost-West-Gliederung Europas, andererseits durch Erneuerung und Anerkennung der alten Strukturen, die eine gewisse Art der Wiederaufnahme der Oststaaten zurück nach Europa (bzw. „Mitteleuropa“), wohin sie seit jeher gehören, darstellen könnten. Die dritte Antwort lautet laso: „In der heutigen globalisierten Welt stellen die großen westeuropäischen Länder für uns keine Bedrohung mehr dar, sowie wir für sie keine uninteressanten, armen und verdächtigen Länder irgendwo im Osten. Deutschland und die anderen großen EU-Länder sind für uns heute potentielle Partner und wenn wir mit ihnen eine Gemeinschaft bilden und auf diese Gemeinschaft einen Teil unserer Souveränität übertragen, kann es für uns kaum eine politische, wirtschaftliche oder kulturelle Gefahr bedeuten, sondern ganz im Gegenteil!“

Wenn man dann fragt, was „der mächtige Nachbar Deutschland“ für uns im Rahmen seiner Europapolitik tun kann, lautet die Antwort: „Uns helfen, die Ablehnung, bzw. eine gewisse Minderwertigkeit der neuen Mitgliedstaaten abzuschaffen.“ Deutschland ist eins der stärksten und wichtigsten EU-Mitglieder und hat deshalb gute Voraussetzungen, ein einflussreicher Befürworter der schwächeren Staaten zu sein. Lassen Sie mich aber die Frage stellen, warum Deutschland überhaupt die Interessen von neuen Mitgliedstaaten verteidigen wollen sollte, welche Vorteile kann es für sich daraus ziehen?

Deutschland sollte bei der Ost-West-Vereinigung die wichtigste Rolle spielen, weil es unter allen großen alten EU-Saaten die intensivsten Kontakte mit den neuen Mitgliedstaaten, eine hohe gemeinsame Handelsbilanz usw. hat, was selbstverständlich historisch und geographisch bedingt ist. Sehr wichtig ist eben die Tatsache, dass Deutschland und alle „osteuropäischen“ Länder heute weniger Gründe zu gegenseitigen Streitigkeiten haben als früher. Schließlich war es gerade Deutschland, das die EU-Erweiterung vorantrieb und damit den „osteuropäischen“ Staaten half, der Union beizutreten, wodurch es sich selbst verpflichtete, sie auch weiter im Rahmen der EU zu unterstützen. Deutschland hat das allergrößte Potential, die europäischen Länder in einer einheitlichen Gemeinschaft zu verbinden. Deutsche halten die neuen Mitgliedstaaten nicht für so exotisch und uninteressant wie etwa Franzosen oder Engländer, und außerdem haben auch sie selbst als Volk eine eigene Erfahrung mit der Ost-West-Trennung. Neue EU-Mitgliedstaaten sind fähig, der Gemeinschaft Manches anzubieten und in ihrem Rahmen ein unentbehrlicher Teil zu werden, vielleicht noch nicht in naher Zukunft, aber langfristig bestimmt. Will die Europäische Union konkurrenzfähig im Weltmaßstab sein, was stets ihr Hauptzweck ist, dann braucht sie auch die „osteuropäischen“ Länder, ihr politisches und wirtschaftliches Potenzial, ihre Arbeitskräfte (die aber natürlich in ihren Heimatländern bleiben können und vielleicht desto nützlicher für die Gemeinschaft sind), Märkte usw. China, Indien, Brasilien, die Vereinigten Staaten von Amerika oder Russland sind Großmächte, denen nur eine Hälfte Europas kein gleichwertiger Partner sein kann, was die Geschichte unlängst bewies.

Man kann erwarten, dass auch weiter vor allem die Politiker in Berlin und Paris die Europäische Union gestalten werden, nicht diejenigen in Prag, Warschau oder Sofia. Aber ich denke, wenn einer der Orte, wo die uns betreffenden grundsätzlichen Fragen entschieden werden, Berlin ist, würde es in Bezug auf alles, was hier gesagt wurde, nicht bedeuten, dass wir unter einer fremden Herrschaft leiden würden, nota bene wenn ein bestimmtes Mitbestimmungsrecht innerhalb der EU auch den kleinsten Staaten gewährleistet ist.

Deutschland hat eine außerordentliche Stärke und ist sich dessen bewusst. Eine leitende Rolle in der Gemeinschaft gehört ihm ohne Zweifel, und die Möglichkeit, dass es sie gegen uns missbraucht, scheint nicht mehr wahrscheinlich zu sein. Deutschland muss uns in entsprechendem Maße als Partner anerkennen und dazu auch andere westlichen EU-Länder veranlassen, dann werden auch wir es als „den mächtigen Nachbarn“ respektieren und ihm unsere Unterstützung anbieten.